

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Hermannstr. 20.
Postach. Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befördertwerkt bestimzte Blatt.

Poststempelort:
Dresden 1880.
Straße:
Riesa Nr. 52.

Nr. 152.

Donnerstag, 3. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschlag für die Nummer des Ausgabekosten bis 2 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsbeläge feinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. G. Leichgräber, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Regierungsprogramm.

Die Reformtätigkeit der Reichsregierung hat begonnen. Das vorläufige Regierungsprogramm umfaßt nicht weniger als 10 Punkte, nämlich 1. unmittelbare Abstriche am Haushalt in der Höhe von 100 Millionen, 2. Aufbauspar-
tasse von 35 Millionen RM., 3. mittelbare Ersparnisse durch die Reichsbank von 185 Millionen RM., 4. Aufschlag von 5 Prozent Einkommensteuer mit 58 Millionen RM., 5. die Pensionssteuer mit 110 Mill. RM., 6. Zigarettensteuer 40 Millionen, 7. Arbeitslosenversicherungsreform mit 800 Millionen RM., 8. Reform der Rentenversicherung mit 210 Mill. RM., 9. Auflösung der Krise durch Aufkurbelung der Wirtschaft und 10. Durchführung der Lex-Schacht.

Die Gesetzeswünsche, die den Gemeinden neue Steuern stellen lassen werden, sind in Vorbereitung. Das Reich verzichtet auf die Erhöhung der Pferdesteuer, um den Gemeinden die Schankverkehrssteuer bzw. eine Kopfsteuer zu überlassen. Diese neuen Steuern sollen zu den bisherigen Abgaben und den Realsteuern in ein bestimmtes Verhältnis gebracht werden. Das Augenmerk ist auch die Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Es ist fraglich, daß der Reichstag noch vor den Sommerferien diese Gesetzesvorlagen parlamentarisch verabschiedet, sicher dagegen ist, daß sie im Herbst den Reichstag beschäftigen werden.

Die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes in der Höhe von 25 Prozent ihrer Bezüge wird bereits vom 1. August ds. Jhs. an eingezogen. Am gleichen Tage tritt auch die Pensionssteuer und der sozialistische Aufschlag der Einkommensteuer in Kraft. Dies steht voraus, daß der Reichstag, der am nächsten Montag die Beratungen der neuen Deckungsvorlagen beginnt, sie rechtzeitig in dritter Lesung verabschiedet. Im Reichsrat ist, was Beachtung verdient, eine Verabsiedlung eingesetzt, weil einige Länder glauben, die Gelegenheit nutzen zu können, um vom 1. April des nächsten Jahres an das Motto für die Länder sicherstellen zu können. Am Anfang kommt damit spricht man auch davon, das Reichshilfegesetz dahin umzuwandeln, daß eine offene Gehaltsverkürzung der Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden in der Höhe von 5 Prozent erfolkt. Diese Maßnahmen sollen allerdings erst mit dem nächsten Reichshaushalt in Kraft treten. Es will uns allerdings fraglich erscheinen, ob die Reichsregierung Brüderlichkeit auf die Wünsche einiger Länder einläßt. Im allgemeinen herrscht die Überzeugung, daß die parlamentarische Verabsiedlung der Deckungsvorlagen zwar noch einige Schwierigkeiten bereiten, aber keine ernste Krise im Reich heraufbeschwören wird.

Die Tugung der Mandatskommission.

Genf. Die Mandatskommission hat ihre 18 ordentliche Tagung beendet. Sie hat die Jahresberichte über die Verwaltung von sechs Mandatsgebieten geprüft und sich mit einer Reihe allgemeiner Mandatsfragen beschäftigt, die bereits in früheren Jahren behandelt worden sind. Es ist ein Untersuchungsausschuss eingesetzt worden, um die Frage der Bedingungen zu prüfen, unter denen ein Mandatstaat seinen Mandatsvorstatter aufnehmen kann, eine Frage, die dadurch aufgeworfen worden ist, daß England erklärt hat, demnächst die Bulleung des Irak zum Völkerbund zu empfehlen. Der Untersuchungsausschuss wird seinen Bericht der Mandatskommission unterbreiten, die im November wieder in Genf tagen wird.

Deutschenpolitik in Süßlawien.

Der Fall Hilde Reiter.

Berlin. Der Reichsverband der Deutschen Presse übermittelte uns folgende Entschließung: "Der Reichsverband der Deutschen Presse hat mit großer und schmerzlicher Entrüstung von der barbarischen Behandlung der Schriftstellerin Hilde Reiter durch Organe der jugoslawischen Polizei Kenntnis genommen. Aus Gründen der Menschlichkeit und aus dem Gefühl der Solidarität der Presse aller Kulturländer legt er gegen die schwere Mißhandlung einer Angehörigen des Presseberufes schwere Verdächtigung. Jede Einmischung in die inneren Verhältnisse des jugoslawischen Staates liegt dem Reichsverband der Deutschen Presse fern. Es hofft und erwartet vielmehr von der Regierung und den Gerichten Jugoslawiens die strengste Untersuchung der Vorgänge und die exemplarische Bestrafung der Schuldigen, die sich gegen die über Jugoslawien ebenso vergangen haben wie gegen die Gebote der Menschenlichkeit und gegen die Würde der Presse."

* Berlin. Im Anschluß an die Befreiung der Protektoratsgebiete des Reichsverbandes der Deutschen Presse gegen die barbarische Behandlung der deutschen Schriftstellerin Hilde Reiter durch Organe der süßlawischen Polizei veröffentlicht die "Deutsche Allgemeine Zeitung" in großer Aufmachung Einzelheiten aus der Beleidigungsfestnahme Hilde Reiter an den süßlawischen Ministerpräsidenten und hebt in Beiträgen die Schändungen der juristischen Mißhandlungen, die die Deutsche hat erden müssen, hervor. Als die auf so schaurische Weise mißhandelte Frau zwei Tage später bei dem Polizeipräsidium befreit wurde und ihm ihre infolge der furchtbaren Schläge geschwollenen Füße zeigte, antwortete der leitende Polizeideamte ironisch: "Ich habe schon schwere Füße gesehen". Unter der Überschrift "Und was tut die Belgrad Regierung?" schreibt das genannte Blatt: "Von der Regierung eines Kulturrates, in dem derartig unschöne-

Annahme des Amnestiegesetzes im Reichstag.

Sozialdemokraten legen ein Sponsionsförderungsgesetz vor.

Vda. Berlin, 2. Juli.
Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung stand zunächst die erste Beratung des Julauvertrags zum deutsch-niederländischen Völkertrakt, der deutsch-französischen Abschluss über den kleinen Grenzverkehr und des deutsch-rumänischen vorläufigen Handelsabkommen.

Abg. v. Sobel (Christ.-Nat.-Bauernpartei) bezeichnet den Julauvertrag im deutsch-niederländischen Vertrag als viel zu niedrig. Die Christlich-nationale Bauernpartei werde den Julauvertrag mit Holland ablehnen.

Die drei Vorlagen wurden dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Eine Sabotageänderung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs wurde in erster und zweiter Beratung des deutsch-persischen Patent-Abkommens in allen drei Sitzungen angenommen.

Es folgte die

dritte Beratung des Amnestiegesetzwurfs.

Abg. v. Lindauer-Wildau (Christ.-Nat.) wendet sich gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Landsberg in der zweiten Beratung. Es sei jetzt im historischen Augenblick der Rheinlandbefreiung angebracht, mit der Verfolgung der sogenannten Heim-Berührer aufzuhören. Diese Leute, die ihren Taten keineswegs gebührt werden sollen, hätten sich bei ihrem Tun von Vaterlandsleuten lassen lassen. Die jetzige Amnestie müsse allerdings die leiste sein.

Reichsjustizminister Dr. Bredt erklärt, eine allmäßliche

Überleitung zu den Grundzügen des kommenden neuen Strafrechts zu wünschen wäre. Jüngste Einwirkung der Regierung auf das Reichsgericht sei aber nicht möglich. Der sozialdemokratische Reichsjustizminister Dr. Radbruch habe bei der Verabsiedlung eines früheren Amnestiegesetzes erklärt, ein solches Gesetz habe nicht verfassungswidrige Charakter. Sollte heute die verfassungswidrige Mehrheit erreicht werden, so werde das Reichsjustizministerium prüfen, ob eine solche Mehrheit überhaupt erforderlich sei.

Abg. v. Dahl (DVP.) schlägt sich dem Wunsch des

Reichsjustizministers an, daß bei der Behandlung des Hochverratsfälle eine gewisse Überleitung zu den milderen Ausschaffung des neuen Strafrechts erfolgen möge.

Abg. Torgler (Comm.) erklärt, die Hauptschuld am Scheitern der Volksrente im Jahre 1928 und heute falle auf die Sozialdemokraten. Die Reichspolizei würden nicht verteidigt, aber die Revolutionäre von links schwächen in den Gelängen. Durch die Ablehnung des vorliegenden Gesetzes würde an diesem Zustand nichts geändert werden. Die Hemmwerder würden doch in Freiheit bleiben. Die Annahme der Amnestie würden aber einige revolutionären Arbeitern die Freiheit geben. Die Kommunisten würden darum in der Schlusabstimmung der Vorlage stimmen. (Gelächter, dort hört und Punkt-Aus bei den Soz.)

Abg. Landsberg (Soz.) erwidert, der Abg. Torgler habe mit seiner Schlußanrede nur den Umfall der Kommunisten verschleiert wollen. (Lärm bei den Komm.) In der zweiten Beratung habe der Kommunist Piel dasselbe Gesetz, für das die Kommunisten jetzt stimmen werden, als eine einzige Maßnahme für die Reichspolizei und gegen die Arbeiterschaft bezeichnet. Die revolutionäre Gewinnung der Kommunisten zeige sich darin, daß sie mit dem Reichsjustizminister und anderen Reichspolitikern einen Rückversicherungsfall abgeschlossen haben. Mit der vorliegenden Amnestie sollen Taten straffrei bleiben, die mit vorsichtiger

Möglichkeit begangen wurden und deren Täter seien die Verantwortung von sich abwählen wollten. Es wird dem Reichsgericht des Volkes dauernd schweren Schaden zufügen, wenn man sieht, daß der Reichstag die schlimmsten Morden als Bagatelle behandelt.

Abg. Pieck (Comm.): Die Kommunisten wollen die Freiheit der gefangenen Arbeiter erreichen. Sie würden um diesen Preis auch die Freilassung der Hemmwerder im Kauf nehmen. (Lärm und Gelächter bei den Soz.)

Damit ist die Aussprache beendet.

Gegen die sozialdemokratischen Stimmen werden die eingehaltenen Beschlüsse angenommen.

In der namentlichen Schlusabstimmung werden 260 Stimmen für, 185 gegen die Vorlage abgegeben. Präsident Ude erklärt das Amnestiegesetz für angenommen, da die für verfassungswidrige Gesetze erforderliche qualifizierte Mehrheit erreicht sei. (Beifall rechts, Punkt-Aus bei den Sozialdemokraten.)

Dritter Gesetzeswurf ammetzt die aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten, wenn die Tat vor dem 1. September 1924 begangen worden ist und wenn sie sich nicht gegen ein Mitglied oder früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet hat. Es sollen also die Rathenau- und Erharder-Mörder nicht unter die Amnestie fallen, während andererseits den sogenannten Hemmwerder nach diesem Gesetz Amnestie gewährt wird.

Daraus folgt die zweite Beratung des

Haushalt für Versorgung und Ruhegehalter.

Der Ausschuss erachtet in einer Entschließung die Reichsregierung, auf die Länder, Gemeinden und Kommunale Verbände usw. einzutragen, daß mit Rücksicht auf die Unterbringung der Zivildienstberichtigen und zur Ersparnis von Übergangsabschüttungen die Anstellunggrundlage unbedingt beachtet werden.

In einer weiteren Entschließung fordert der Ausschuss Verschleierung und Vereinfachung des Verfahrens in Verfolgungsfällen.

Abg. Rohmann (Soz.) begrüßt den sozialdemokratischen Entwurf eines Pensionierungsgesetzes. Danach soll die Pension eines pensionierten Beamten oder das Wartegehalt eines Wartegelempfängers gefürstzt werden um die Hälfte des Betrages, um den das gesamte Privat-einkommen des Beamten, das er neben der Pension hat, den Betrag von 6000 Reichsmark jährlich übersteigt. Die Höchtpension soll 12 000 RM. betragen.

Abg. Grau Reige (DVP.) erklärt, die Noelle zum Verfolgungsgesetz bringe schwere Schädigungen für die Kriegshinterbliebenen. Die Versorgung der Kriegerwitwen sei ungerechtend.

Abg. Dr. Krone (Btr.) führt aus, die Zahl der unberechneten Verfolgungsansprüche sei außerordentlich groß. Noch immer müßten 70 bis 80 Prozent der Anträge abgelehnt werden. Der Verfolgungsbetrag müsse höher gestellt werden auch im Interesse der Kriegsopfer. Der Redner erklärt sich einverstanden mit einer von den Sozialdemokraten eingebrochenen Entschließung, in der die Erhöhung des Aufwands für die Kapitalabfindung im Rechnungsjahr 1930 auf 90 Millionen verlangt wird.

Abg. Groß-Dresden (Comm.) protestiert dagegen, daß man den Kriegsbeschädigten Mittel einsparen wolle, um sie andererseits für die Aufrüstung wieder anzuzeigen.

Um 8 Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag, 8 Uhr, verlegt.

Rundgebung für Abrüstung und Frieden.

Paris. Das Fraktionäskomitee für den Völkerbund hat gestern unter dem Vorsitz des Senators Henry de Joncques eine große Kundgebung für Abrüstung und Frieden veranstaltet. Ihr wohnte u. a. der deutsche Botschafter von Hochstet. Der radikale Abg. Got entwickelte seine Führ.lich in einer Versammlung zu Paris dargelegte Ansicht, daß Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung nicht eine starke Weiße bilden, sondern 3 Elemente ein und des selben Problems. Die Abrüstung sei hinter der Sicherheit im Rückstand geblieben. Man müßte vor allem die sofortige Einstellung des weiteren Rüstungswalts verlangen, um den Rüstungswalts zu verhindern. Paul Boncour erklärt, er wünsche, daß eine derartige Veranstaltung vor allem in London, Berlin und Rom abgehalten würde. Zum Schlussergriff Senator de Joncques das Wort. Das internationale Schiedsgerichtsverfahren würde, so erklärte er, eine Täuschung sein, wenn es sich nicht auf ein System internatio-

naler Sanktionen stütze. Er verlangte, daß die Regierung den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes vorstellen:

1. Sofortige Einstellung des Rüstungswalts durch zeitliche Stabilisierung der gegenwärtig in Europa bestehenden bewaffneten Kräfte,
2. Erteilung von Garantieabkommen, die eine starke Rüstungshemmung garantieren würden,
3. Schaffung einer internationalen Streitmacht, die es dem Völkerbund ermögliche, über die Rednung zu wachen.

Seeabrüstungskonferenz.

London. Nach einer Meldung des "Daily Telegraph" wird der Vorsitzende der vorbereitenden Abrüstungskonferenz des französisch-italienischen Streites in der Frage der Seeabrüstung eine Sitzung der Konferenz im November einberufen.

deutsch-jugoslawischen Freundschaftsbeziehungen wirken. Wenn es Ernst ist, eine gute politische Atmosphäre zwischen Deutschland und Jugoslawien zu schaffen, der muß erwarten, daß die Belgrader Regierung endlich handelt. Es muß keiner erwartet werden, daß der jugoslawische Außenminister Bogi Maximowitsch, der Träger der deutschen Unterdrückungspolitik, endlich seine Tätigkeit aufgibt.